

Hauptverwaltung A
Stellvertreter

Berlin, den 7. 11. 1983
VJA/81/83

BSTU
0001

PERSÖNLICH

Leiter der Abteilung X
Genossen Generalmajor DAMM

Als Anlage übersende ich Ihnen die Notizen über die Gespräche
des Genossen Generaloberst Wolf mit Genossen Generaloberst
Krjutschkow zur Kenntnisnahme.


Generalmajor

Anlage

Berlin, 4. Oktober 1983

BSTU
0002

Zu den Gesprächen mit Genossen W. A. Krjutschkow

Ober die in den Notizen festgehaltenen Ausführungen des Genossen Krjutschkow während einer Plenartagung der Delegationen am 3. 10. 1983 hinaus, machte er in Einzelgesprächen zu politischen Grundfragen folgende Bemerkungen:

Zu den in unserem Fragespiegel genannten Problemen im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa und den Gedanken westdeutscher Politiker über noch mögliche Kompromisse in Genf, bemerkte Genosse Krjutschkow, seitens der SU gäbe es noch Reserven für die Verhandlungen, wenn die andere Seite Zugeständnisse macht. Er verwies auf die bekannten Zugeständnisse der sowjetischen Seite und meinte, die andere Seite könne z. B. als ersten Schritt die Dislozierung verschieben. Ober alle diesbezüglichen Schritte und Vorschläge grundsätzlicher Art werde auf der Ebene der ZK's informiert.

Auch die Null-Variante sei möglich, wenn dies mit Maßnahmen auf dem Gebiet der strategischen Abrüstung verbunden werde. Ober die Verbindung der INF mit den sog. START-Verhandlungen werde nachgedacht. Dazu gebe es unterschiedliche Auffassungen, und es sei noch nichts entschieden.

Zu den verschiedenen Fragen, was nach der zu erwartenden Stationierung neuer amerikanischer Waffensysteme in Europa komme, antwortete Genosse Krjutschkow, dies sei schwer zu sagen. Diese Frage werde sicher auf höherer Ebene behandelt werden. Es entstehe eine völlig neue Lage. Natürlich werde der Kampf um den Frieden fortgesetzt, aber im Kampf um Abrüstung müsse von einer wesentlich höheren Ebene der Rüstung ausgegangen werden.

Genosse Krjutschkow stellte eine Reihe von Fragen zur diesbezüglichen Haltung der BRD-Regierung und einzelner politischer Kräfte und nahm interessiert unsere Ausführungen und Einschätzungen dazu zur Kenntnis.

BSTU
0003

Im Zusammenhang mit der Behandlung der Probleme der Friedensbewegung und der sich bei einer Stationierung ergebenden Aufgaben für die Aufklärung, schätzte Genosse Krjutschkow ein, daß eine Unterstützung extremistischer Aktionen einzelner Gruppierungen nicht zweckmäßig sei. Dadurch werde die Lage nur verschlechtert. Auf keinen Fall dürfe unsere Hand bei derartigen Aktionen zu sehen sein.

Zu unseren Fragen zur Haltung Ceausescus und seinen möglichen Absichten eines Austritts der SRR aus dem Warschauer Vertrag, sagte Genosse Krjutschkow, es gebe dazu Signale, aber keine zuverlässigen Informationen. Er verwies darauf, daß Ceausescu während der Prager Beratung im Januar nach sehr ernstesten Gesprächen mit Genossen Andropow und anderen führenden Genossen zurückgewichen sei. Die Logik und die Interessenlage der SRR spreche gegen einen Austritt; bei Ceausescu müsse man jedoch mit impulsiven Schritten rechnen. Es sei eine wichtige Frage, die man weiter verfolgen müsse.

Er verwies dann ausführlich auf die bekannten Sonderpositionen der SRR zu den verschiedenen Fragen. Im Lande gebe es aber ernste Schwierigkeiten und auch eine gewisse Gärung gegen Ceausescu, die man verfolgen müsse.

Zu Angola führte Genosse Krjutschkow über das in der Plenarsitzung Gesagte hinaus, aus, daß er evtl. nach Angola fliegen müsse. Die Lage sei außerordentlich ernst, und eine große Hilfe sei bereits geleistet worden. Ca. 250 Mitarbeiter wurden für den Sicherheitsapparat ausgebildet. Dies sei aber für dieses Land sehr wenig, mehr werde jedoch nicht gefordert. Offenbar hänge das damit zusammen, daß sie ihren Weg noch nicht fest bestimmt haben. Der stärker werdende schwarze Rassismus sei eine große Gefahr.

Zu Mocambique sagte Gen. Krjutschkow ebenfalls, die Unterstützung durch das KfS sei begrenzt. Mehr würde aber auch nicht gewünscht.

In all diesen Ländern sei die Kaderfrage entscheidend. Als Gegenbeispiel nannte Gen. Krjutschkow Afghanistan, für das nunmehr jährlich 2600 Mitarbeiter ausgebildet würden, teilweise im Land; für einen größeren Teil der Mitarbeiter erfolgt die Ausbildung in einem neugeschaffenen Schulungszentrum in Taschkent.

Simbabwe müsse man mit großer Vorsicht behandeln; dort bestimmen noch die Weißen die Entwicklung des Sicherheitsorgans. Seitens des KFS werde keine Initiative in dieser Richtung ergriffen.

Neu müsse man das Problem des Terrors und der Entführung von Bürgern unserer Länder stellen. Seit 1981 sei eine Zunahme solcher Fälle, offensichtlich durch westliche Geheimdienste inspiriert, festzustellen. Er nannte entsprechende Beispiele aus Afghanistan, Äthiopien, Irak, Kampuchea, Mocambique. Um größere Sicherheit zu gewährleisten, werde man in Zukunft vom Gastland mehr Sicherheit für die Experten fordern, einen entsprechenden Punkt in die dazu abzuschließenden Verträge aufnehmen, entsprechend die Unterbringung festlegen, ohne die volle eigene Verantwortung dabei aufzuheben. Man werde die Expertengruppen mit Verbindungsmitteln ausstatten und erforderlichenfalls auch bewaffnen. Bei einer größeren Anzahl von Experten, wie z. B. in Algerien, werden drei spezielle Offiziere für Sicherheitsfragen eingesetzt. Man müsse auch unter den Spezialisten operative Mitarbeiter für Sicherheit einsetzen. Diese Frage müsse in der Zusammenarbeit ständig behandelt werden.

Zur Problematik "Verhinderung eines überraschenden Kernwaffenschlages" (russisch abgekürzt "RJAN" genannt) führte Genosse Krjutschkow zu unseren Fragen aus: Baran werde ständig gearbeitet. Zentrale und grundsätzliche Entscheidungen sind noch nicht gefallen. Die Frage ist sehr vielschichtig und kompliziert (auch in den USA sei man damit noch nicht fertig).

Wer soll welche Verantwortung übernehmen?

Die Aufklärung kann diese Verantwortung nicht übernehmen. Das Problem ist viel zu breit und zu ernst.

Die tschekistische Aufklärung muß sich mit dem Studium der Kriegsvorbereitung beschäftigen, d. h. die Merkmale, Erscheinungen und Indikatoren feststellen, analysieren und einschätzen, daß ein Krieg in einem halben oder einem Jahr beginnen kann. Dafür gibt es Tausende von Merkmalen.

Die strategischen Kernwaffen können zur Zeit in weniger als 24 Stunden eingesetzt werden. Es geht also um die Entscheidungsphase und die Erarbeitung eines Systems, das dem Gegner die Möglichkeit zur Überraschung nimmt.

In der I. Hauptverwaltung gibt es eine große Anzahl von Überlegungen und Vorstellungen, die sieben Ordner ausfüllen. Im wesentlichen wird diese Arbeit im Institut zur Erforschung operativer Probleme, unter Verantwortung des Genossen Schapkin, und in der Informationsabteilung geleistet. Dazu sind kleine Gruppen gebildet.

Ungeklärt ist, wo sich die Auswertungszentrale befinden soll. Innerhalb der Staatssicherheit hat sich die Meinung herausgebildet, daß dies beim Vorsitzenden koordiniert werden muß. Bisher sind von der Aufklärung an einige Residuren einige wenige Aufgaben gestellt worden, über die alle zwei Wochen berichtet werden muß (dazu gehört auch Bonn).

Besonders wichtig und kompliziert sind alle Verbindungsfragen.

Die Meinung herrscht vor, daß die Bearbeitung und Auswertung dieser Fragen innerhalb der I. Hauptverwaltung bei der Informationsabteilung liegen muß. Damit seien unsere Fragen, soweit möglich, beantwortet. Für die DDR sei sicher entscheidend das Territorium der BRD. Die illegale Linie trägt dabei im Operationsgebiet die Hauptverantwortung. In Dokumenten wird sie aus Gründen der Konspiration nicht genannt. Gerade dort sind spezifische Maßnahmen getroffen worden und zu treffen.

Von den meisten sozialistischen Ländern gibt es zu den bisherigen Vorstellungen positive Antworten, aber für das KfS sind die politischen Entscheidungen noch nicht getroffen. Genosse Krjutschkow hofft, daß über die Konzeption Ende diesen/Anfang nächsten Jahres entschieden ist, und hält es für zweckmäßig, bis dahin ein Expertentreffen offenzulassen. Er ist damit einverstanden, beim Arbeitstreffen mit Genossen Kotow diese Fragen zu stellen, obwohl die Federführung nicht bei der Verwaltung I liegt.

Ausführlich wurde über Grundprobleme der illegalen Linie gesprochen. Dabei nahm Gen. Krjutschkow den vorbereiteten Fragespiegel entgegen mit der Zusage, dies entsprechend zu erledigen.

In diesem und im Zusammenhang mit der Gesamtproblematik der Tätigkeit unseres Verbindungsoffiziers in Moskau, der Bearbeitung der westdeutschen Botschaft und anderer interessierender Bürger der BRD sowie einem evtl. Experiment im Sommer 1984 in Jalta, wurden unsere Vorstellungen vorgetragen und das Problem der Zuständigkeit der Abteilung 4 der I. Hauptverwaltung behandelt.

Genosse Krjutschkow sagte zu, diese Frage zu prüfen und die erforderlichen Weisungen zu geben.

Genosse Krjutschkow informierte ausführlich über einen Verratsfall, dankte für die durch uns geleistete Unterstützung und unterrichtete über die Ergebnisse der Behandlung einiger Materialien, die durch Genossen Oberst Schütt beim letzten Treffen dem Leiter der Äußeren Abwehr in Moskau übergeben wurden. Die entsprechenden Vermerke sind bei der Abteilung IX.

In diesem Zusammenhang ging er nochmals auf das Problem der Beantwortung möglicher Ausweisungen von Mitarbeitern unserer Residenturen ein. Darüber gibt es Signale aus einigen Ländern.

Die Antwort müsse in zwei Richtungen liegen:

Erstens: Man müsse über eine Serie von aktiven Maßnahmen gemeinsam beraten, um die Geheimdienste und die Regierungen solcher Länder von derartigen Aktionen abzuhalten.

Zweitens: Lokalisierung möglicher Folgen von Verratsfällen und feindlichen Maßnahmen durch Konservierung und Umsetzung von Agenturen.

Solche Fragen müssen auf Arbeitstreffen operativ gemeinsam behandelt und entschieden werden, sowohl auf der Linie der Äußeren Abwehr als auch der Aktiven Maßnahmen.

Zur SWT-Problematik begründete Genosse Krjutschkow ausführlich die große Bedeutung und die hohe Wertschätzung der Unterlagen über amorphe Materialien mit der Bitte um vorrangige Unterstützung bei der Aufklärung der damit zusammenhängenden Aufgabenstellung. Die sowjetischen Spezialisten messen diesem Problem größte Bedeutung bei und bezeichnen es als kleine Revolution in der Metallurgie.

In diesem Zusammenhang wurde Gen. Krjutschkow für eine Reihe wichtiger, vom KfS der UdSSR übergebener Informationsmaterialien und die Anfrage zu einem Verfahren zur Herstellung von Chromplatten für die Schaltkreisproduktion gedankt.

Genosse Krjutschkow nahm in Beantwortung von Anfragen der HA III des MfS zu einem geplanten Treffen zu diesen Problemen Stellung und befürwortete ein solches Treffen, allerdings unter Beteiligung von Vertretern der HV A. Er stellte diese Frage ebenfalls beim Minister mit dem Ergebnis, daß der Genosse Minister die Beratung dieser Fragen mit Gen. Generaloberst Wolf für erforderlich hält.

Die meisten Fragestellungen zum Problem der "Dritten Welt" wurden zurückgestellt im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Linientreffen am 10. 10. 1983. Genosse Krjutschkow schlug vor, diese und andere Fragen bei einem weiteren Arbeitstreffen mit Gen. Generaloberst Wolf in Moskau Ende diesen/Anfang nächsten Jahres zu behandeln.

Er schlug ein solches Treffen bei Gen. Minister vor, der seine Zustimmung gab. Dabei sollen dann auch eine Reihe neuer methodischer Fragen behandelt werden, wie die Erarbeitung von Erkenntnissen neuer Zielobjekte, die stärkere Nutzung der Arbeit in Entwicklungsländern für die SWT-Linie in ihren Hauptrichtungen u.ä.m. Dabei kann auch der Konsultationsplan für 1984 im einzelnen abgestimmt und ergänzt werden.

Genosse Krjutschkow wiederholte seine Zustimmung zum Besuch des Traditionskabinetts der I. Hauptverwaltung durch Genossen der HV A. Die Rekonstruktion des Kabinetts wird voraussichtlich im Mai 1984 abgeschlossen sein.

Genosse Krjutschkow wurde über den Dokumentarfilm "Der Mann aus Camp Nikolaus" informiert.

Angesprochen wurde das Problem der Genossin Nummert (illegale Linie des KFS).